

Zukunft braucht Struktur

Die Notwendigkeit einer Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen

„Mich interessiert vor allem die Zukunft – denn den Rest meiner Tage werde ich dort verbringen.“ (Albert Schweitzer)

Warum in Thüringen etwas passieren muss?

Thüringen steht mit dem Rücken an der Wand. Der von der CDU angehäufte Schuldenberg ist auf mehr als 14 Milliarden € angewachsen.

Besserung zeichnet sich nicht ab. Auch in diesem Jahr wird die Landesregierung eine weitere Milliarde € Schulden anhäufen. Mindestens. Und nach dem Willen der Landesregierung geht es auch im kommenden Jahr weiter so. Die Planungen von Finanzministerin Birgit Diezel weisen für 2006 bereits jetzt weitere Schulden in Höhe von knapp 900 Millionen € aus.

Immer nur neue Schulden machen – das hält Thüringen nicht länger aus. Thüringen hat im laufenden Haushaltsjahr schon die höchste Kreditfinanzierungsquote aller neuen Länder. 11 % des Thüringer Landeshaushaltes sind geborgtes Geld, das irgendwann zurückgezahlt werden muss. Sachsen kommt dagegen mit 2 % Kreditfinanzierungsquote aus.

Beim Planen der Entwicklung Thüringens ist eine zweite Tatsache zu beachten: Der finanzielle Spielraum, mit dem wir den weiteren Aufbau unseres Landes gestalten können, wird nicht weiter, sondern enger. Die Sonderhilfen des Bundes und der EU gehen in den kommenden Jahren zurück. Auch steigende Steuereinnahmen im Land werden diese Lücke nicht vollständig schließen können.

- Zwischen 2009 und 2019 sinken die Mittel aus dem Solidarpakt Jahr für Jahr. In diesem Jahr stehen Thüringen 1,5 Milliarden € Solidarpakt-Mittel zur Verfügung. 2009 werden es schon 140 Millionen € weniger sein (1,36 Mrd. €). Im Jahr 2019 werden es dann insgesamt nur noch 300 Millionen € sein.
- Auch die Zuweisungen der EU werden voraussichtlich ab 2007 geringer ausfallen. Selbst wenn die endgültigen Festlegungen auf EU-Ebene noch nicht getroffen sind, sollten wir uns heute schon darauf einstellen, dass künftig weniger EU-Strukturhilfen zur Verfügung stehen werden.

Demographie und Abwanderung verändern das Land

Sinkende Bundes- und EU-Zuweisungen sind ein Problem, das wir künftig stemmen müssen. Auf der anderen Seite erschwert der demographische Wandel und die Abwanderung die Entwicklung unseres Freistaates.

- Jeden Tag sinkt in Thüringen die Einwohnerzahl. Tag für Tag gab es im Durchschnitt des vergangenen Jahres 49 Thüringerinnen und Thüringer weniger. 21 fehlen, weil mehr Menschen sterben, als bei uns Kinder auf die Welt kommen. Weitere 28 wandern ab und suchen ihre Zukunft jenseits der Landesgrenzen (vgl. Pressemitteilung TLS, 3.2.2005).
- Jede Woche verschwindet damit ein durchschnittlich großes Dorf mit rund 350 Einwohnern.
- Pro Jahr verliert Thüringen die komplette Einwohnerschaft einer mittelgroßen Stadt. 2004 waren es 17.800 Personen. Das entspricht in etwa der Bevölkerung von Heiligenstadt (Stand 31.12.2003: 17.260).
- Am Ende dieser Legislaturperiode, 2009, werden nach der amtlichen Statistik 78.400 Menschen weniger in Thüringen leben. Das deckt sich ungefähr mit dem Landkreis Sömmerda. Dort leben heute 78.000 Thüringerinnen und Thüringer.

Weniger Einwohner bedeutet auch weniger Geld

Den rasanten Prozess der sinkenden Geburtenrate und der Abwanderung werden wir vielleicht etwas abfedern können – zum Beispiel durch eine moderne Familienpolitik oder durch bessere Jobangebote. Aufhalten können wir die Entwicklung aber nicht. Schon heute steht fest: Die Elterngeneration in 10 bis 20 Jahren ist nur noch halb so groß, wie ihre eigene Elterngeneration.

Das bedeutet einerseits, dass immer weniger Menschen die vorhandene Infrastruktur und Verwaltung bezahlen müssen. Gleichzeitig sinken mit den Einwohnerzahlen aber auch die Steuereinnahmen des Landes. Weniger Einwohner bedeutet darüber hinaus, dass Thüringen weniger Mittel aus dem Länderfinanzausgleich erhält.

An den Zahlen aus den letzten Jahren lässt sich das gut nachvollziehen. Wenn Thüringen heute noch die gleiche Einwohnerzahl wie vor 10 Jahren hätte, wären allein in diesem Jahr 300 Millionen € mehr im Haushalt.

Andere Länder sind weiter

Im Vergleich aller neuen Länder hat Thüringen seit Jahren eine der höchsten Personalausgabenquoten und mit die niedrigste Investitionsquote (vgl. TFM, Fortschrittsbericht Aufbau Ost). Die hohen Kosten unserer Landesverwaltung gehen deutlich zu Lasten der Investitionen, der Bildung und des sozialen Ausgleichs hier in Thüringen. An dieser schlechten Stellung Thüringens hat sich auch in diesem Jahr nichts geändert.

- Die Investitionsquote Thüringens verharrt 2005 weiterhin bei 19 Prozent. Sachsen bringt im Vergleich dazu in diesem Jahr 27 Prozent des Haushaltes für Investitionen auf.
- Die Thüringer Personalausgabenquote liegt 2005 weiter sehr hoch – bei mehr als 26 Prozent. Brandenburg kommt dagegen mit Personalausgaben von 21 Prozent des Haushaltes aus.

Thüringens Nachbarländer Sachsen und Sachsen-Anhalt haben darüber hinaus auch die Probleme bei der Gebietsstruktur erkannt und handeln inzwischen.

- In Sachsen-Anhalt hat die Landesregierung im Mai 2005 eine Reduzierung der Landkreise beschlossen (von 21 auf 11). Bis Ende 2005 soll das Kommunalneugliederungsgesetz im Landtag abschließend beraten sein.

- In Sachsen hat die Landesregierung im Januar 2005 eine Expertenkommission berufen. Bis Ende Juni 2005 sollen Fachleute ein Gesamtkonzept für die künftige Verwaltungs- und Kreisstruktur erarbeiten.

Was unternimmt die CDU-Landesregierung in Thüringen?

Im September 2004 kündigte CDU-Ministerpräsident Dieter Althaus eine Behördenstrukturreform für Thüringen an. Bis heute ist in dem Vorhaben wenig Reform und schon gar keine Struktur zu erkennen. Bekannt ist lediglich welche einzelnen Behördenstandorte die Landesregierung in den kommenden Jahren schließen will.

Ohne Spielraum für die Zukunft des Landes zu gewinnen, hat der Ministerpräsident alle Akteure, die man für Reformen braucht, gegen sein Vorgehen auf die Barrikaden gebracht. Gemeinde- und Städtebund sowie Landkreistag wenden sich gegen das Verschieben der Lasten auf die Schultern der Kommunen. Die Gewerkschaften hatten sogar einen Sozialtarifvertrag angeboten – trotz der Bereitschaft zu Kürzungen wurde das Angebot von der Landesregierung ausgeschlagen.

Es hätte sich sehr wohl gelohnt, gründlicher vorzugehen und auch die Betroffenen in die Suche nach Lösungen einzubinden. Das zeigt das Beispiel Justizstandort Mühlhausen. Als nach Bürger-Protesten gegen eine geplante Schließung endlich zugelassen wurde, dass auch die Betroffenen mit ihren Ideen zu Wort kommen, fand sich sehr schnell eine kostengünstige Alternative zur geplanten Schließung des Landgerichts.

Die CDU-Landesregierung steckt den Kopf in den Sand

Den Maßnahmen der Landesregierung fehlt aber nicht nur eine erkennbare Struktur. Auch die geplanten Effekte sind zweifelhaft. In einem von der CDU-Landesregierung am 2. März 2005 vorgestellten Papier steht zu den Plänen, dass durch die Maßnahmen innerhalb der nächsten 15 Jahre rund 300 Millionen Euro eingespart werden sollen. Diese Aussage alleine ist ein Offenbarungseid.

Im Jahr 2020 werden nach heutigen Berechnungen des statistischen Landesamtes 240.000 Menschen weniger in Thüringen leben. Das sind zehn Prozent weniger als heute. Experten gehen davon aus, dass wir dadurch rund eine halbe Milliarde € weniger im Haushalt haben werden. Die gesamten Einsparungen aus dem geplanten Behördenumbau reichen also nicht einmal aus, die zu erwartenden Ausfälle dieses einzigen Jahres auszugleichen. Nicht eingerechnet sind dabei die zurückgehenden Mittel aus den Bundes- und EU-Hilfen, die wachsenden Lasten aus dem Schuldendienst und die steigenden Pensionskosten.

Die Vorhaben der CDU-Landesregierung bleiben meilenweit hinter den Notwendigkeiten zurück. Im Vergleich zu unseren Nachbarländern droht Thüringen weiteren Boden zu verlieren. Wie in Sachsen oder in Sachsen-Anhalt wäre es dringend notwendig, jetzt eine zukunftstaugliche Verwaltungs- und Gebietsstruktur in den Blick zu nehmen.

Die Landesregierung ist dazu nicht bereit. Immer wieder betont Althaus, dass er das Thema einer aufeinander abgestimmten Verwaltungs- und Gebietsreform in dieser Legislaturperiode aussitzen will. Althaus steckt damit den Kopf tief in den Sand. Denn die Probleme kommen nicht erst auf uns zu. Schon heute sind 22 % der selbstständigen Gemeinden in Thüringen unter die Marke von 3000 Einwohnern gesunken. Laut Kommunalordnung müssten diese Gemeinden ihre Selbstständigkeit aufgeben und Mitglied einer Verwaltungsgemeinschaft werden. Das Gesetz erlaubt lediglich einzelne Ausnahmen. Doch davon kann schon lange nicht mehr gesprochen werden.

Was unternimmt die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag?

Die SPD-Fraktion macht Druck auf die Landesregierung. Am 17. März 2005 haben wir die Einsetzung einer Enquete-Kommission beantragt. In diesem Gremium können Abgeordnete und externe Fachleute gemeinsame Lösungen für das Land aufzeigen.

Das ist auch dringend nötig: In einem überschaubaren Land leisten wir uns eine schwer überschaubare Verwaltung. Bis zu vier Ebenen sind da zu Gange. Stattdessen müssen wir die Wege verkürzen und so viel wie möglich ortsnahe entscheiden.

Deshalb brauchen wir dringend eine umfassende Analyse der Aufgaben und Verwaltungsabläufe von Land und Kommunen. Dann können wir über kostengünstige Aufgabenzuordnung und schnelle Verwaltungswege entscheiden.

Damit möglichst viele Aufgaben ortsnahe und ohne komplizierte Instanzenwege erledigt werden können, brauchen wir größere Gemeinde- und Kreisstrukturen. Verwaltungs- und Gebietsreform lassen sich deshalb nicht sinnvoll voneinander trennen. Klug ist es, beide Prozesse aufeinander abzustimmen. Das ist das Ziel einer Enquete-Kommission in unserem Sinne.

Im Arbeitsauftrag unserer Enquete-Kommission ist unter anderem festgeschrieben, die derzeitige Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen zu prüfen. Darüber hinaus werden die Auswirkungen der absehbaren demographischen Entwicklung auf Aufgabenverteilung und die Aufgabenerfüllung unter die Lupe genommen. Das festgelegte Ziel ist es in erster Linie, klare Kriterien für zukunftsfähige Gemeindegebiets- und Kreisgebietsstrukturen aufzustellen und Empfehlungen zur finanziellen Stärkung der Verwaltungs- und Investitionskraft der Kommunen auszusprechen.

Bis zum 30. November 2006 wird die Enquete-Kommission einen ersten Bericht vorlegen. Das konnten wir bereits trotz Ausweichtaktik der CDU-Fraktion durchsetzen. Unser Plan bleibt, möglichst bald zu konkreten Ergebnissen zu kommen.

Erfurt, Juni 2005